

Energiestrategie 2050: Warum eigentlich?

Für eine Kehrtwende in der Schweizer Energiepolitik liefert die Energiestrategie-Vernehmlassung keinen sachlichen Anlass. Ein gesetzliches Verbot von Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke ist rechtlich nicht gerechtfertigt. Schon heute besteht nämlich kein Anspruch auf Rahmenbewilligungen. Ein solches Verbot bedroht zudem den Wissensplatz und widerspricht den energiepolitischen Zielen des Bundes. Wird an einem gesetzlichen Verbot festgehalten, ist eine Volksabstimmung unerlässlich.

von Matthias Rey

Schwer zu ersetzen: Das Kernkraftwerk Gösgen produziert zuverlässig rund 15 Prozent des schweizerischen Stromverbrauchs.

Der Bundesrat hat seine neue Energiestrategie Ende September 2012 in die Vernehmlassung geschickt. Daraus geht hervor, dass die Schweizer Energieversorgung komplett umgekrempelt werden soll. Aber warum eigentlich? Warum soll ein bewährtes System über den Haufen geworfen werden? Warum soll die Schweiz – anders als zahlreiche andere Länder – auf die Vorteile der Kernenergie verzichten? Auf rund um die Uhr verfügbaren und CO₂-armen Strom? Gibt es dafür eine sachliche Begründung? Oder stecken am Ende nur ideologische Erwägungen dahinter?

Keine sachliche Begründung ...

Der Ausstieg aus der Kernenergienutzung bildet die Grundlage für das Mammutprojekt Energiestrategie 2050. Eine sachliche Begründung für diesen Ausstieg liegt bald zwei Jahre nach dem Beschluss des Bundesrates nicht vor, auch nicht in den umfangreichen Vernehmlassungsunterlagen zur Energiestrategie. Unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Fukushima hatte der Bundesrat damals verkündet, der Bau von neuen Kernkraftwerken (KKW) sei «politisch nicht durchsetzbar». Ansonsten gab er keinen Grund für seine energiepolitische Kehrtwende an. Das ist erstaunlich, da die Energiestrategie 2050 gerade

wegen des Ausstiegsbeschlusses entwickelt worden ist, durch den rund 40% der Schweizer Stromproduktion wegfallen werden. Eine vertiefte Diskussion der Gründe für den Ausstieg wäre angesichts der weitreichenden Konsequenzen mehr als angebracht.

... aber Argumente für Kernenergie

Im erläuternden Bericht zur Energiestrategie-Vernehmlassung sucht man klare Gründe für den Ausstieg vergebens. Im Gegenteil, es finden sich darin vor allem Argumente für die Kernenergienutzung. So hält der Bundesrat ausdrücklich fest, dass die Schweizer KKW die internationalen Sicherheitsanforderungen in allen Bereichen erfüllen und dass die Überprüfungen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) ergeben haben, dass der sichere Betrieb der Schweizer KKW gewährleistet ist. Die Laufzeiten der heutigen Werke sollen nach dem Willen des Bundesrats einzig von sicherheitstechnischen Kriterien abhängen. Er sieht keinen Anlass für eine vorzeitige Ausserbetriebnahme aus politischen Gründen. Der Bericht anerkennt auch, dass die Uranreserven geografisch breit diversifiziert sind und die OECD-Länder über grosse eigene Reserven verfügen, was eine hohe Versorgungssicherheit zur Folge hat. Der Bundesrat räumt sogar ein, dass der Verzicht auf die Kernenergie den Ausbau der Stromproduktion aus fossilen Energieträgern und Stromimporte erfordert, und zwar auch noch nach 2050.



Statt Teil der Lösung plötzlich Teil des Problems? Kernkraftwerk Leibstadt, das 2012 seine elektrische Leistung um 30MW steigern konnte.

Energiestrategie 2050 vs. Bundesverfassung

Die Schweizer Bundesverfassung verlangt eine **zuverlässige, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche** Energieversorgung (Art. 89 Abs. 1). Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage weist der Bundesrat ausdrücklich darauf hin, dass diese Ziele mit oder ohne Ausstieg aus der Kernenergie ihre Gültigkeit haben. Die vorgeschlagene Energiestrategie 2050 widerspricht jedoch in wesentlichen Teilen dieser Zielsetzung:

- Sie torpediert vor allem das Kriterium «breit gefächert», indem sie eine Technologie a priori ausschliesst.
- Ohne Gaskraftwerke, die im Gegensatz zu Wind- und Solarkraftwerken rund um die Uhr sogenannte Bandenergie liefern, dürfte die Energieversorgung nach dem Ausstieg kaum so zuverlässig sein wie heute dank Wasserkraft und Kernenergie. Bei der Gaskraft stellt sich jedoch das Problem der politischen Opposition mindestens genauso wie bei den KKW.
- Sicher ist die Stromversorgung auch mit KKW, was der Bundesrat selbst bestätigt.
- Wie wirtschaftlich sie ohne KKW wäre, ist nur sehr schwer absehbar. Wirtschaft, Industrie und Gewerbe warnen vor deutlichen Wachstums- und Gewinneinbussen.
- Viel umweltfreundlicher als heute kann der Strommix der Schweiz gar nicht sein. Wasserkraft und Kernenergie, die zusammen rund 95% des Schweizer Stroms produzieren, sind laut Paul Scherrer Institut (PSI) die CO₂-ärmsten Stromerzeugungsarten überhaupt. Das Ranking des PSI umfasst jeweils den gesamten Lebenszyklus von Rohstoffgewinnung und Kraftwerksbau bis zu Stilllegung und Rückbau. Die Kernenergie zeichnet sich zudem dadurch aus, dass sie auf kleiner Fläche enorm viel Strom produziert. Das schont Natur und Landschaft.

Weiter erwähnt der Bericht auch den Umstand, dass eine Reihe von EU-Ländern anstrebt, die Kernenergie vergleichbar mit den erneuerbaren Energien zu fördern wie das die USA, wo die Kernenergie als «clean energy» gilt, bereits heute tun.

Unnötiges Technologieverbot

Dessen ungeachtet will der Bundesrat Rahmenbewilligungen für neue KKW gesetzlich verbieten, weil er glaubt, dass diese keine Chancen hätten. Dieses Argument für ein Verbot der Kernenergienutzung ist jedoch nicht stichhaltig. Ein solches Verbot lässt sich weder rechtlich noch politisch rechtfertigen. Bereits heute gibt es keinen Rechtsanspruch auf eine Rahmenbewilligung. Bundesrat, Parlament und Stimmvolk können jederzeit in freier politischer Entscheidung neue KKW verhindern oder bewilligen. Wenn also neue KKW tatsächlich «politisch nicht durchsetzbar» sind, dann werden sie bei heutiger Gesetzeslage auch nicht gebaut. Dafür braucht es kein Technologieverbot und keinen energiepolitischen Kopfstand.

Stattdessen wäre es angebracht, die Option Kernenergie im Hinblick auf die unsichere Zukunft unserer Stromversorgung offen zu lassen. Falls heute wirklich eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung keine KKW bauen will, müssen wir diese Möglichkeit trotzdem nicht nachfolgenden Generationen verbauen.

Der Vorschlag des Bundesrats läuft zudem auf ein faktisches Technologieverbot hinaus, da die Nukleartechnik für den Nachwuchs wesentlich an Attraktivität verliert. Die Schweiz ist aber auch weiterhin auf Fachkompetenz auf diesem Wissensgebiet angewiesen. Dies gilt umso mehr, weil ja die heutigen KKW noch während Jahrzehnten weiter betrieben werden sollen. Ein Verbot gefährdet das über viele Jahrzehnte aufgebaute Fachwissen, das sich bei Bedarf nicht über Nacht wieder erwerben lässt.

Warum nicht mit Kernenergie?

Will der Bundesrat trotzdem an diesem unklugen Verbot festhalten, sollte dieser grundlegende Richtungsentscheid gemäss der direktdemokratischen Tradition unseres Landes über eine Volksabstimmung legitimiert werden. Und um dem

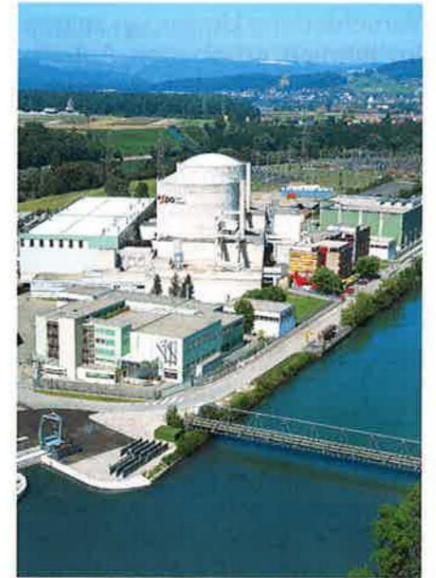
Volk wirklich eine Wahl zu bieten, sollte der Bundesrat zusätzlich eine Strategie unter Berücksichtigung der Nutzung der Kernenergie vorlegen – erarbeitet in derselben Modelltiefe wie bei den bisher vorgelegten Ausstiegsszenarien.

Abgesehen davon, dass die Energiestrategie 2050 unnötig ist, gefährdet sie die sichere Stromversorgung der Schweiz, erhöht die Auslandsabhängigkeit, geht wenig sparsam mit volkswirtschaftlichen Mitteln und Rohstoffen um und belastet unnötig Umwelt, Klima und Landschaft. Die Energiepolitik des Bundes vor dem Unfall in Fukushima war deutlich zielführender, ja optimal. Die Formel lautete damals: Energieeffizienz + Ausbau der erneuerbaren Energien + Kernenergie soweit nötig. Dieser Königsweg sollte weiter beschritten werden. Die Kernenergie ist Teil der Lösung, nicht des Problems. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vom Bundesrat noch im Jahr 2007 vorgestellte Energiepolitik mit Kernenergie heute falsch sein soll. ▶

Kontakt

www.nuklearforum.ch

Erfolgsgeschichte der Schweizer Kernenergie: Das Kernkraftwerk Beznau versorgt eine gute Million Haushalte mit Strom.



Produktionsrekord: Das Kernkraftwerk Mühleberg hat im Jahr 2012 brutto 3117 Mio. kWh ins Netz eingespeist.



City-Flitzer i-MiEV

Erschwingliche E-Mobilität für ALLE



Der i-MiEV (Mitsubishi innovative Electric Vehicle) und der ab September lieferbare Outlander Plug-in Hybrid sind nur beim zertifizierten Mitsubishi MiEV Partner erhältlich.



PLUG-IN HYBRID
EV
 Weltpremiere ab September:
 All-New Outlander Plug-in Hybrid EV
 Erster SUV 4WD mit innovativem Plug-in Hybrid

Leasing
 3.9%
 ab
 239.-/Mt.**

Nr. 1 EV
 in CH
 2011/12

* BEST OFFER Nettopreise inkl. CO₂ Swiss CashBonus CHF 8'000.-. ** 3.9% Leasing mit Leasingpreis CHF 25'499.-, gültig bei Immatrikulation 1.1.-30.6.2013, Sonderzahlung 30%, Vertragslaufzeit 48 Mt., Fahrleistung 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 3.92%, Kautions 5% oder mind. CHF 1'000.-, Vollkasko obligat. MultiLease AG gewährt keine Finanzierung, falls diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führen kann. Energie-Normverbrauch 13.5 kWh/100 km, Benzinäquivalent 1.5 l/100 km, CO₂-Emissionen 0 g/km (CO₂-Emission aus Stromproduktion 17 g/km). Energieeffizienz-Kategorie A. CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 153 g/km. MultiLease

CHF 24'999.-*

inkl. CO₂ Swiss CashBonus CHF 8'000.-

- 100% elektrisch – 0% CO₂, Kategorie A
- Geniales Kurzstrecken- und Pendler-Auto
- 4 Sitze plus Kofferraum
- Spurtstarker 49 kW/67 PS Elektromotor
- Stromkosten nur ca. CHF 2.40 pro 100 km
- Vollgarantie 5 Jahre auf Batterie und Elektrokomponenten
- Vollausstattung: ESP/TCL, Alufelgen, Klima, Audio, Tagfahrlicht, Sitzheizung
- Problemloses Laden zu Hause (230 V)
- Anschluss für Schnelllader (geplantes EVite Schnellladenetz)
- BEST OFFER Preis, inkl. Batterie und 2 Lade-Anschlüsse



OFFICIAL CAR PARTNER

Genial bis ins Detail.

